

ANZEIGE



WELLENSTEYN Collection-Store Bremen
Knochenhauerstr. 9 - 12
28195 Bremen
Tel. 04 21 / 47 88 58 35
Mo. - Sa. 10 - 19 Uhr

Bürgerschaft spricht über mehr Lehrer

Bremen (wtc). Weil in der Klasse ihrer Tochter mehr als die Hälfte der Wochenstunden ausgefallen sind, hat Irene Bejenke Walsh im Frühjahr eine Petition gestartet. An diesem Freitag beschäftigt sich erstmals ein Ausschuss der Bürgerschaft mit ihr und der Forderung: 100 neue Lehrer für Bremen. Eigentlich ist längst überholt, was die Mutter und 3000 Unterzeichner verlangen. Bürgermeister Carsten Sieling und Bildungssektorin Claudia Bogedan (beide SPD) wollen längst doppelt so viele zusätzliche Kräfte an Schulen, um den Unterrichtsausfall einzudämmen. Für Bejenke Walsh macht die Petition trotzdem Sinn. Sie will mit ihr sicher gehen, dass Sieling und Bogedan Wort halten. Denn bisher, sagt die Initiatorin der Petition, hätten beide eben nur angekündigt, dass es zusätzliche Kräfte an den Schulen geben soll, aber noch nicht deutlich genug gesagt, ob das tatsächlich klappt. **Berichte Seite 9**

Balkanroute nicht mehr für alle



Serbien, Kroatien, Mazedonien und Slowenien wollen nicht mehr alle Flüchtlinge auf der Balkanroute über ihre Grenzen lassen. Sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge sollen schon an den Grenzen abgewiesen werden. FOTO: DPA **Thema Seite 3**

ANZEIGE



MOONLIGHT SHOPPING
HEUTE
BIS 24 UHR
WEIHNACHTS-SPASS ERLEBEN!
WEIHNACHTSMARKT
WEIHNACHTS-EXPRESS
EISLAUFEN

Die ShoppingWelt **dodenhof**

Worte und Taten



Ben Zimmermann
über Solidarität mit Frankreich

Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die nach den Anschlägen von Paris den Franzosen „jedwede Unterstützung“ versprach. Und es war ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der am Donnerstag nachlegte und erklärte: „Worte der Solidarität sind wichtig, aber nicht genug.“ Diese Versicherungen des Bestands sind wichtig in diesen Tagen – genauso wie die öffentlichen Bekundungen der Trauer und des Mitgefühls.

Schwieriger wird es jedoch, wenn den Worten Taten folgen sollen. Denn Paris und Berlin haben – auch historisch bedingt – recht unterschiedliche Sichtweisen, wenn es um die Lösung von internationalen Konflikten geht.

Merkels Worte waren richtig – nicht nur, weil Frankreich Deutschlands engster Partner in Europa ist, sondern weil die Anschläge dem gesamten Westen galten und der nächste auch uns treffen könnte. Die Solidaritätsbekundung ist jedoch kein Blankoscheck: Paris muss erklären, welche Hilfe es erwartet, und Berlin muss ehrlich sagen, welche Hilfe geleistet werden kann – und welche nicht. Eine engere Zusammenarbeit der Geheimdienste beispielsweise gehört zur ersten Kategorie, ein militärisches Eingreifen in Syrien zur zweiten.

Zumindest vorerst: Denn ohne eine internationale Einbindung wird es nicht gehen. Die Chancen, dass es ein staatenübergreifendes Bündnis gegen den IS gibt, waren sicherlich selten größer als heute. Kommt dabei eine internationale Koalition mit UN-Mandat zustande, wird auch Deutschland zeigen müssen, was seine Solidaritätsbekundung wert ist. **Berichte Seiten 4 und 5**
ben.zimmermann@weser-kurier.de

Bremer Kliniken sortieren sich neu

Gesundheit Nord verändert Angebote ihrer vier Häuser / Aufsichtsrat entscheidet im Dezember

VON WIGBERT GERLING

Bremen (kaa). Beim städtischen Klinikverbund soll sich für die Mitarbeiter, aber auch für die Patienten einiges ändern. Anfang Dezember berät der Aufsichtsrat der Gesundheit Nord (Geno) über ein Konzept, das medizinische Schwerpunkte der vier Standorte in Bremen-Ost, -Mitte, -Nord und Links der Weser neu sortiert. Gut möglich, dass man sein Kind künftig zwar im Klinikum Links der Weser auf die Welt bringen kann – bricht sich dieses Kind später beim Fußballspielen aber ein Bein, muss es ins Krankenhaus Mitte. Und wer unter einer Hautkrankheit leidet, findet nicht mehr in Mitte an der St.-Jürgen-Straße Hilfe, sondern in Ost.

Vor rund anderthalb Jahren hatte die Stadt in ihrer Rolle als Eigentümerin beschlossen, dass die vier kommunalen Kliniken ihre gesellschaftsrechtliche Eigenständigkeit aufgeben und unter dem Dach der Gesundheit Nord fusionieren. Der Verbund, der fast 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt und rund eine halbe Milliarde Umsatz jährlich macht, ist wirtschaftlich angeschlagen und soll, so

die politische Vorgabe, bis 2017 stabilisiert sein. Von der geplanten Neuordnung der medizinischen Disziplinen erwarten die Verantwortlichen auch finanzielle Vorteile. Gut zehn Millionen Euro pro Jahr, so eine Kalkulation, könnten gespart werden.

Die Neurologie, die sich unter anderem mit Erkrankungen des Nervensystems und der Muskulatur beschäftigt, wird nach der Medizin-Strategie der Gesundheit Nord am Klinikstandort Mitte gebündelt, wo bereits die Fachleute für Schlaganfälle angesiedelt sind („Stroke Unit“). Ärzte würden demnach nicht mehr zwischen Bremen-Ost und St.-Jürgen-Straße pendeln müssen.

Im Gegenzug ist offenbar geplant, die Dermatologie, die sich mit Hautkrankheiten befasst, an das Krankenhaus im Bremer Osten an der Züricher Straße zu verlagern und auszubauen. Der Platz sei dort vorhanden. Der Standort soll zudem auch unter überregionalem Blickwinkel das Ziel von Patienten sein, die Hilfe von medizinischen Experten für Psychiatrie und Lungenkrankheiten suchen. Überdies ist geplant, eine besondere Betonung auf die Altersmedizin zu legen, die in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinne und damit auch wirt-

schaftliche Chancen für den Klinikverbund biete.

Nach dem Keimausbruch am Klinikum Mitte im Jahr 2012 war die Behandlung von Frühgeborenen („Frühchen“) an den Standort Links der Weser verlegt worden. Nach dem, was bisher zur Medizin-Strategie bekannt wurde, würde das so bleiben. Es habe sich auch wirtschaftlich ausgezahlt – das Krankenhaus solle mit Geburtshilfe und als Herzzentrum seine überregionale Ausstrahlung festigen.



Im Klinikum Mitte soll die Behandlung von Kindern gebündelt werden. FOTO: FRANK KOCH

An der St.-Jürgen-Straße wird derzeit nicht nur das Klinikum Mitte in wesentlichen Teilen neu gebaut – direkt neben diesem sogenannten Teilersatzneubau entsteht ein Eltern-Kind-Zentrum, in dem die Kinderklinik beheimatet sein soll. Hier würden dem Konzept zufolge die pädiatrischen Abteilungen von Mitte und Links der Weser zusammengefasst. Von dieser Konzentration und der Bündelung unter dem Dach einer Kinderklinik verspricht sich die Gesundheit Nord ebenfalls eine Ausstrahlung über die bremischen Landesgrenzen hinaus, zusätzliche Patienten und entsprechend auch wirtschaftliche Vorteile.

Das Klinikum Nord in Blumenthal mit einem eigenen Einzugsbereich soll laut Medizin-Strategie unter anderem die Geburtshilfe anbieten. Zudem soll dort die Innere Medizin zusätzlich an Profil gewinnen. Unter anderem ist demnach geplant, die Gastroenterologie auszubauen, eine medizinische Disziplin, die sich mit der Diagnose, Therapie und Vorbeugung von Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts sowie damit verbundener Organe wie Leber oder Bauchspeicheldrüse befasst. **Kommentar Seite 2**

Jugendrichter will kiffen dürfen

Bremen (kaa). Jugendrichter Andreas Müller setzt sich für die Legalisierung von Cannabis ein. „Ich möchte kiffen dürfen“, schreibt der 54-Jährige, der als Deutschlands härtester Jugendrichter gilt, in seinem Buch „Kiffen und Kriminalität“. Am Donnerstag hielt er ein Plädoyer für die Legalisierung von Cannabis in Bremen.

Vorstöße wie den aus Bremen, Cannabis in einem Modellprojekt freizugeben, begrüßt er. „Ich finde jede Initiative gegen das geltende Betäubungsmittelgesetz und für ein anderes Gesetz gut.“ Auch wenn er nicht glaubt, dass Bremen mit dem Modellprojekt Erfolg haben wird. Die lokale Freigabe von Cannabis werde am Betäubungsmittelgesetz scheitern. Gemeinsam mit anderen Initiativen werde Bremens Vorstoß die gesellschaftliche Stimmung aber ändern. Andreas Müller rechnet mit einer Legalisierung ab dem Jahr 2019. Der Anbau müsse dann zunächst staatlich kontrolliert werden, der Verkauf über Fachgeschäfte laufen. Mit einer strikten Kontrolle des Jugendschutzes. Für alle Erwachsenen gelte: „Es ist ein Freiheitsrecht zu entscheiden, mit welcher Droge ich mich betäube.“

In einer Fraktionssitzung werden die Grünen am Montag über das Thema diskutieren. Da werde es nicht nur um das Modellprojekt gehen, sondern auch darum, wie Cannabis entkriminalisiert werden könne, sagte der drogenpolitische Sprecher der Grünen, Wilko Zicht. **Bericht Seite 10**

DER NORDEN

Schüler singen auf Platt 14

Junge Leute sprechen die plattdeutsche Sprache kaum noch. Dagegen geht das Bremer Institut für niederdeutsche Sprache an – mit einem Musikwettbewerb in Osnabrück, auf dem nur platt gesungen werden darf.

WIRTSCHAFT

Ausgezeichnete Forschung 15

Das Geheimnis des Misserfolgs und Unternehmenskultur undercover – zwei Bremer Forscher haben mit ungewöhnlichen Doktorarbeiten über Familienunternehmen einen Preis gewonnen.

WISSEN

Verändertes Lehrer-Schüler-Verhältnis 18, 19

Noch nie war es für Schüler so leicht, an Informationen zu gelangen, wie heute. Das Internet verändert das Lernen – und auch das Verhältnis der Schüler zu ihren Lehrern.

VERMISCHTES

Xavier Naidoo soll zum ESC 2, 8

Die ARD will den umstrittenen Sänger Xavier Naidoo beim Eurovision Song Contest ins Rennen um den Titel schicken. Das deutsche Publikum ist an der Auswahl dieses Mal nicht beteiligt und darf bei der Show „Unser Song für Xavier“ am 18. Februar nur noch über das Lied abstimmen, mit dem der 44-Jährige Künstler in Stockholm auftreten soll.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	7	Rätsel & Roman	26
Fernsehen	27	Tipps & Termine	21
Lesermeinung	25	Veranstaltungsanzeigen	13

Terror-Drahtzieher Abaaoud ist tot

Paris-Mainz. Der mutmaßliche Drahtzieher der Terroranschläge von Paris ist tot. Der 28-jährige belgische Islamist Abdelhamid Abaaoud wurde bei der dramatischen Polizeiaktion am Mittwoch in Saint-Denis bei Paris getötet, wie die Staatsanwaltschaft am Donnerstag mitteilte. Frankreichs Premierminister Manuel Valls bezeichnete ihn als „eines der Gehirne der Anschläge“. Die Nationalversammlung verabschiedete in Paris ein Gesetz zur dreimonatigen Verlängerung des Ausnahmezustandes. Er gilt seit dem 14. November. Es gab 551 Ja-Stimmen, sechs Gegenstimmen und eine Enthaltung. An diesem Freitag folgt noch die Abstimmung im Senat, der zweiten Kammer des Parlaments.

Derweil will das Bundeskriminalamt (BKA) im Kampf gegen islamistische Gewalttäter nach den jüngsten Ereignissen in Paris und Hannover weiter auf eine Mischung aus Repression und Prävention setzen. Jedoch beklagte BKA-Präsident Holger Münch dabei einen „Flickenteppich“. Zur besseren Abstimmung mahnte er zum Abschluss der BKA-Herbsttagung in Mainz eine nationale Strategie an und forderte den Aufbau eines Netzwerkes. „Das können aber nicht wir als Polizei machen, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Im Fall des Bremer Dschihadisten Harry S. kommt dies spät. Der 27-Jährige schloss sich dem IS an und sitzt seit seiner Rückkehr aus Syrien in der JVA Oldenburg. **Berichte Seiten 4, 5 und 23**

KOPF DES TAGES

Henriette Reker



Für das Amt, das sie an diesem Freitag antritt, hat sie buchstäblich ihr Leben riskiert: Im Kölner OB-Wahlkampf wurde Henriette Reker (58) am 17. Oktober von einem Rechtsextremisten mit einem Messer attackiert. Die Wahlnacht überlebte die parteilose Politikerin im künstlichen Koma. Als gemeinsame Kandidatin von CDU, FDP und Grünen holte sie dennoch mit 52,7 Prozent auf Anhieb die absolute Mehrheit der Stimmen. Nun sitzt die bisherige Sozialdezernentin als Kölns erste Rathauschefin gleichsam auf einem Sessel, auf dem vor Jahrzehnten auch Konrad Adenauer saß.

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
		
10°	4°	80%

Teilweise Schauer
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

